(Erstes Blatt.)

Thorner Zeitung.

Begründet 1760.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Sonntags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt"
Vierteljährlich: Bei Abholung aus der Geschäftsstelle oder den Abholestellen 1,50 Mk.; bei Zusendung frei ins Haus in Thorn, den Vorstädten Mocker u. Podgorz 2 Mk.; bei der Post (ohne Bestellgeld) 1,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bäckerstraße 39.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die 5-gespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 10 Pfennige.
Annahme in der Geschäftsstelle bis 2 Uhr Mittags; ferner bei Walter Lambeck, Buchhandlung, Breitestr 6, bis 1 Uhr Mittags
Auswärts bei allen Anzeigen-Vermittelungs-Geschäften.

Nr. 262. Dienstag, den 7. November 1899.

Vom Transvaalkrieg.

Da der englische Telegraph, der zu Anfang des Krieges so gesprächig war, seit der Katastrophe von Ladysmith vollständig verstummt ist, so wird man über die Kriegsereignisse fortdauernd in Unkenntniß erhalten. Daß es den Engländern auf dem östlichen wie auf dem westlichen Kriegsschauplatze schlecht, herzlich schlecht ergeht, das wird durch das dürftige Nachrichtenmaterial, das hin und wieder an die Oeffentlichkeit gelangt, zur unumstößlichen Gewißheit. An Thatsachen wird aber bis auf die Veröffentlichung der langen Verlustlisten, die von den Angehörigen mit angstverzerrten Gesichtern im Londoner Kriegsamte gemustert werden und den Quell unendlichen Jammers bilden, so gut wie nichts bekannt, trotzdem nicht oft genug betont werden kann, daß die Buren die kostbare Zeit bis zur Ankunft der englischen Verstärkungen nicht ungenützt vorübergehen lassen werden. Es darf daher auch nicht Wunder nehmen, daß die Amsterdamer Telegramme über den Fall von Ladysmith englischerseits bisher nicht bestätigt worden sind, hat man es doch in London für gut befunden, überhaupt nichts von erneuten Kämpfen um diese Stadt mitzutheilen. Und solche haben zweifelsohne um die Mitte der vergangenen Woche stattgefunden. Damals wurden nämlich, wie man wieder nur auf Umwegen erfährt, die Frauen und Kinder aus Ladysmith nach dem Süden gebracht, da die Buren alle Anstalten zu einem Angriff auf die Stadt vorbereitet hatten und ein solcher von den Engländern mit Bestimmtheit für Mittwoch oder Donnerstag erwartet wurde. Man darf sich eben die Geduld nicht ausgehen lassen, will man die südafrikanischen Kriegsereignisse verfolgen.

Zwischen Factum und Mittheilung wird die Zeit immer länger werden, je mehr sich die Situation für die Engländer verschlechtert. Aendert sich einmal das Kriegsglück, dann wird an Nachrichten auch ganz plötzlich Ueberfluß herrschen.

Die Stadt Colenso, die wichtige Eisenbahnstation zwischen Ladysmith und Durban, befindet sich im Besitze der Buren. Die telegraphische Verbindung zwischen diesen beiden Städten ist und bleibt abgeschnitten. In Durban herrscht große Erbitterung darüber, daß die britischen Streitkräfte in Natal ganz unzureichend sind. Ueberall kommt die angstvolle Sorge zum Ausdruck.

In Lourenzo Marquez macht die Pest Fortschritte, so daß die Engländer die Hoffnung bereits aufgeben, dort ihre Verstärkungen landen zu können. Von Durban aus lassen sich Landung und Vormarsch aber kaum noch bewerkstelligen.

Vom westlichen, richtiger südwestlichen Kriegsschauplatze liegt eine den Buren günstige Nachricht vor. Dieselben haben nicht nur die im Kaplande liegende Stadt Colesberg genommen, sondern auch die Colesberger Eisenbahnbrücke durch Dynamit zerstört. Von Kimberley und Mafeking fehlen leider all und jede Nachrichten.

Der Feldzugsplan der Buren geht nach dem Londoner „Standard" dahin, eine kleine Streitmacht in Durban zu lassen, um die Landung der britischen Truppen zu verhindern und die Hauptarmee gegen Bullers Armeekorps zurückzuziehen.

Von den neuesten Depeschen, die am gestrigen Sonntag wieder in größerer Zahl eingegangen sind, theilen wir hier die folgenden mit:

London, 4. November. Ein Nachtrag zur amtlichen Verlustliste besagt, daß in der Schlacht bei Ladysmith am Montag den 30. Oktober im Ganzen 54 Mann gefallen und 229 verwundet sind. Vermißt werden 484 Mann. In dieser Zahl sind die irischen Füsiliere nicht einbegriffen, deren genaue Gesammtzahl noch nicht sicher festgestellt werden konnte.

London, 5. November. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Ladysmith vom 2. d. Mts. 10 Uhr Vorm.: Heute früh um 6 Uhr begann ein Artilleriekampf, der noch andauert. Der Feind richtete bis jetzt im englischen Lager keinen Schaden an. Das Feuer der Engländer verhinderte die Buren, die Geschütze zu richten. Man hört Geschützdonner in der Richtung auf Colenso. — Wie es heißt, durchziehen die Buren das Zululand und hissen dort ihre Flagge. — Die Leiche des Burengenerals Kock wurde nach Pretoria gebracht.

Einem Telegramm aus Ladysmith zufolge erließen die Buren eine Proklamation, in welcher sie den Theil Natals, der Upper-Tugela heißt, als Territorium des Oranje-Freistaats erklären.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Colenso vom 2. November 1 Uhr Nachmittag: Die Buren eröffneten das Feuer auf Ladysmith vom Süden her mit Kanonen, die zwischen Colenso und dem Lager White's aufgestellt waren. Während der Beschießung überrumpelte eine Abtheilung unserer Kavallerie und Freiwilligen eines der Burenlager. Soeben hat eine englische Bombe ein schweres Geschütz der Buren getroffen und dasselbe völlig zerschmettert.

London, 5. November. Das Reuter'sche Bureau" meldet aus Colenso vom 2. November 11 Uhr 15 Min. Vormittags: Der Feind begann die Beschießung von Colenso. Sein Feuer richtet sich gegen das Fort Wylie, welches der Tugelabrücke als Deckung dient. — Ein vom britischen Kriegsministerium bekannt gegebenes Telegramm besagt: Das Kolonialministerium erhielt die Meldung, daß die britischen Truppen von Colenso zurückgezogen und mehr im Süden konzentrirt wurden.

Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Burghersdorp vom 2. November gemeldet wird, hat eine Abtheilung Buren am Morgen desselben Tages die Brücke über den Oranjefluß bei Bethulie überschritten. Man nahm an, daß eine weitere, 300 Mann starke Abtheilung derselben am Nachmittag gleichfalls die Brücke passiren werde. — Demselben Bureau wird aus Colesberg vom 2. November gemeldet, daß die dortige Eisenbahnbrücke unversehrt sei; was man für eine Explosion gehalten hatte, waren lediglich Signalschüsse der Artillerie. (??)

Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Kapstadt vom 1. November, welches besagt, daß der Feind gestern die Eisenbahnbrücke bei Norwalspont überschritten hat, und Colesberg ohne jeden Widerstand besetzte. Ein kleines Polizeikommando unter Führung eines Sergeanten, das die Garnison darstellte, streckte die Waffen.

Das englische Transportschiff „Nineveh" mit einer Abtheilung New South-Wales-Lancers ist aus Adlershot in Kapstadt eingetroffen. Eine Deputation, welcher sich auch der Bürgermeister und mehrere Mitglieder des Stadtrathes angeschlossen hatten, begrüßte die Truppen.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Pretoria vom 31. Oktober gemeldet: Der britische Generalleutnant Möller, welcher das gefangen genommene Husaren-Detachement führte und jetzt als Kriegsgefangener hier weilt, hat es abgelehnt, irgend etwas über den Verlauf seiner Expedition oder darüber mitzutheilen, wie das Detachement in die Hände des Feindes gefallen. Er beschränkte sich darauf, mitzutheilen, daß er und seine Mannschaft mit großer Achtung von den Buren behandelt worden seien, sich äußerst wohl befinden und sich mit Fußballspiel (!) amüsieren. Der einzige Wunsch der Offiziere sei, ausgewechselt zu werden.

Liverpool: Das am Mittwoch mit Truppen für Südafrika abgegangene Transportschiff „Rapidan" kehrte wegen einer im Sturm erlittenen Beschädigung hierher zurück.

Amsterdam: Der englische Gesandte im Haag, Howard, wird Mittwoch Abend nach London abreisen und bis zum Jahresschlusse in England bleiben. Gerüchte, daß die Abreise des Gesandten durch Sympathie-Kundgebungen für die Buren veranlaßt sei, sind angeblich unbegründet.

Paris, 5. November. „Eclair" will aus guter Quelle erfahren, daß Transvaal Kaperbriefe gegen England ausstelle. Es habe bereits zahlreiche Dienstanerbietungen, insbesondere von amerikanischen Rheedern erhalten. Kaperbriefe seien bereits ausgestellt und Kaperschiffe werden demnächst in Thätigkeit treten.

Rundschau.

Zur Englandreise Kaiser Wilhelms wird der „Voss. Ztg." aus Kiel geschrieben: Neuerdings verlautet, daß der Kaiser von Kiel aus die Englandreise antreten wird. Am 17. November soll in Gegenwart des Monarchen die Vereidigung der Marinerekruten stattfinden und an demselben Tage wird sich der Kaiser an Bord der „Hohenzollern" einschiffen. Eine amtliche Bestätigung hat dies Gerücht noch nicht gefunden, aber es erscheint glaublich, weil der kleine Kreuzer „Hela", der die kaiserliche Yacht begleiten soll, von Wilhelmshaven nach Kiel zurückkehren wird. „Hohenzollern" wird in zehn Tagen seeklar sein. Zur Zeit werden die Oberdecksaufbauten mit einem Neuanstrich versehen, innerbords werden in den Gemächern verschiedene Erneuerungsarbeiten an den Wandbekleidungen ausgeführt. Das Verkehrsboot des Kaisers, „Hulda", das nach England mitgeführt werden soll, macht in diesen Tagen Probefahrten.

Zum Zarenbesuch in Potsdam wird weiter offiziös geschrieben, es konnte bei den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen dem Berliner und den Petersburger Hofe bestehen, als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß der Zar bei einem längeren Aufenthalte auf deutschem Boden, dem deutschen Kaiser einen Besuch abstatten werde. Auch hinsichtlich des Maaßes der politischen Bedeutung, die man dieser Begegnung beizulegen habe, seien unrichtige Ansichten aufgetaucht. Wenn auch die Vermuthungen zu weit gehen, die der Zusammenkunft der beiden Herrscher bestimmte Ziele in der einen oder anderen Richtung zuschreiben, so könne doch andererseits ein Gedankenaustausch über verschiedene schwebende Fragen der internationalen Politik naturgemäß garnicht ausbleiben, die dem Zarenbesuche in Potsdam die unausbleibliche politische Signatur aufpräge.

Zwischen Kaiser Wilhelm und dem Grafregenten von Lippe muß neuerdings eine Aussöhnung stattgefunden haben. Denn als kürzlich der Grafregent sich mit seiner Familie im Parkhotel in Wiesbaden aufhielt, spielte, wie man dem „Berl. Tg." schreibt, infolge Regimentsbefehls die dortige Militärkapelle zu Ehren des Regenten vor dem genannten Hotel.

Der Direktor der handelspolitischen Abtheilung des Auswärtigen Amts Wirkl. Geh. Rath Reichardt, dessen Gesundheit seit längerer Zeit erschüttert ist, hat seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. Der Kaiser hat das Gesuch angenommen und in Anerkennung der langjährigen treuen Dienste Reichardts ihn durch Verleihung des Rothen Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub ausgezeichnet. Zum Nachfolger ist der Direktor im Reichsschatzamt Dr. v. Körner in Aussicht genommen. An dessen Stelle im Reichsschatzamt soll angeblich der württembergische Bundesrathsbevollmächtigte v. Fischer treten.

Der „Köln. Volkszeitung" zufolge theilte Bischof Simar dem Kölner Metropolitankapital mit, er könne die Wahl zum Erzbischof von Köln nur annehmen, wenn er durch ausdrücklichen Wunsch oder Befehl des Papstes dazu bestimmt werde. Es widerstrebe seinem Gewissen ebenso sehr wie seinem Herzen, die Diöcese Paderborn zu verlassen, wo ihm vom Klerus und Volke so viel Vertrauen und Liebe entgegengebracht worden sei, um die Last eines anderen Wirkungskreises zu übernehmen, von der er fürchten müsse, daß sie für seine Schultern zu schwer sei. — Das Kölner Metropolitankapitel berichtete auch bereits in diesem Sinne an den Papst über das Wahlergebniß.

Zu der neuen Marinevorlage hatte sich die „Kreuz-Ztg." jüngst dahin ausgesprochen, daß die Vorbedingung für eine Flottenverständigung die Besserstellung des Mittelstandes und der Landwirthschaft sei. Jetzt veröffentlicht dasselbe Blatt ein Eingesandt, in dem ein wesentlich andrer Standpunkt eingenommen wird, der keinen Zweifel daran läßt, daß die konservative Partei unter allen Umständen der Flottenvergrößerung zustimmen wird. Wie man sich auch zur Flottenfrage stellen möge — abgesehn davon, ob man sie ganz, oder theilweise, bedingt oder unbedingt begrüßt, heißt es da, so muß doch der Wunsch ausgesprochen werden, daß ihre Verquickung mit dem Streit der Interessengruppen, der bei den Handelsvertragsverhandlungen in die Erscheinung treten wird, ganz vermieden werde. Die Entscheidung über sie darf lediglich von dem Gesichtspunkte abhängig gemacht werden, ob sie dem ganzen Reiche frommt und ob die Gesammtkräfte des Reiches Gewähr bieten, die Forderungen der Regierung mit Sicherheit zu finanziren. In Fragen des Schutzes des Reiches müssen wir nicht Landwirthe, Industrielle, Kaufleute, nicht Producenten und Konsumenten, sondern einfach Deutsche sein. — Das klingt sehr verständig, sollte aber auch bei anderen Gelegenheiten beherzigt werden.

Kundgebungen von Seiten der deutschen Flottenvereine und seiner Mitglieder fordert der Sekretär des deutschen Flottenvereins Victor Schweinburg. Die „Nat.-Ztg." bemerkt dazu: Solcherlei Kundgebungen können unsres Erachtens der zu erwartenden Flottenvorlage nicht nützen, sondern nur schaden. Aus der Aufnahme, die der neue Flottenplan in der Oeffentlichkeit gefunden, ist durchaus zu entnehmen, daß es nothwendig wäre, einen Druck auf den Reichstag auszuüben.

Die „Berl. N. N." melden: Das in ausländischen Blättern verbreitete Gerücht in der Samoa-Frage sei eine Entscheidung erfolgt, trifft nicht zu. Richtig ist gutem Vernehmen nach, trotz gewisser gegentheiliger Meldungen nur, daß Graf Bülow, wie er noch kürzlich im Kolonialrath wiederholte, nicht gewillt ist, die deutsche Stellung in Samoa aufzugeben.

Deutsches Reich.

Berlin, den 5. November 1899.

Der Kaiser, der Abends zuvor im Kreise der Offiziere des Lehrinfanteriebataillons speiste, nahm Sonnabend Morgen die Vorträge des Chefs des Militärkabinets v. Hahnke und des Unterrichtsministers Dr. Studt entgegen. Später empfing er die Abordnung der Schwestern, Aerzte und freiwilligen Krankenpfleger, die nach Transvaal gehen. Am Sonntag wollte der Monarch sich zur Jagd nach Piesdorf in der Mark begeben.

Die Kaiserin, die letzthin unpäßlich war, befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung. Es hat sich lediglich um ein vorübergehendes Unwohlsein gehandelt.

Die Prinzen Albrecht und Friedrich Heinrich von Preußen sind Sonnabend Abend $9^1/_2$ Uhr in Madrid eingetroffen. Am Bahnhof waren die Mitglieder der Regierung, die Spitzen der Behörden und der militärische Hofstaat der Königin-Regentin zur Begrüßung erschienen. Die Prinzen begaben sich vom Bahnhof in den königlichen Palast, wo sie vom Könige und der Königin-Regentin empfangen wurden.

Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland spendeten, wie die „Darmstädter Zeitung" meldet, 5000 Mark für dortige Wohlthätigkeitsanstalten und ebensoviel für die Armen der Stadt.

Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, welcher seit Sonnabend wieder in Berlin weilt, hat vor seiner Abreise von seinem Stammsitze Schillingsfürst, den Schulkindern des Ortes, 350 an der Zahl, seine Photographie zum Andenken überreichen lassen.

Dem zum 9. November einberufenen Kolonialrath wird dem Vernehmen der „Krzztg." nach, außer dem Etat auch ein Erlaß betr. gesetzgeberische Bestimmungen über Verhinderung der Einwanderung Mittelloser in die Kolonien vorgelegt werden. Man hofft, daß der Kolonialrath in drei Tagen seine Berathungen erledigen werde.

Entgegen der Meldung verschiedener Blätter wird der „Voss. Ztg." mitgetheilt, daß eine Vermehrung der Schutztruppe in Kamerun nicht beabsichtigt wird. Eine solche Vorlage wird dem Reichstage nicht zugehen.

Gelegentlich der Berathung der neuen Handelsverträge wollen die Mitglieder des „Bundes der Landwirthe" im Reichstage bekanntlich dadurch eine Erhöhung der Getreidezölle von den Verbündeten Regierungen durchzusetzen suchen, daß sie ihre Zustimmung zur Flottenvorlage von einer Erhöhung dieser Zölle abhängig machen wollen. Wie das „B. T." hört, ist die Regierung jedoch nicht gewillt, derartigen Bestrebungen entgegenzukommen.

Das preußische Staatsministerium hielt am Sonnabend unter dem Vorsitze seines Vicepräsidenten, Herrn v. Miquel eine mehrstündige Sitzung ab.

In dem Gesetzentwurf über die Abänderung der Unfallgesetze hat der Gedanke einer Abstufung der Unfallrenten, je nachdem ob ein verschuldeter oder ein unverschuldeter Unfall vorliegt, keine Verwirklichung gefunden.

Herr v. Miquel hat die durch den Eisenbahnminister für den Etat 1900 zugesetzten 918 Stellen für Eisenbahnsekretäre einer Meldung des „Vorwärts" zufolge gestrichen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 4. Nov. Wie die „Politische Correspondenz" erfährt, ist für den 29. Dezember der Besuch des Königs Alexander von Serbien am Wiener

Hofe in Aussicht genommen. — Die „P. C." erfährt von serbischer Seite, daß das Unterbleiben einer Begegnung zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem König von Serbien während dessen diesmaligen Aufenthalt in Wien den serbischen Regierungskreisen keinerlei Anlaß zu einer Verstimmung geboten habe, da die Zusammenkunft des serbischen Königs mit dem Kaiser überhaupt erst für den zweiten Besuch des Königs in Wien bei seiner Rückkehr aus dem Süden in Aussicht genommen sei. — Nun dann kann die Welt ja beruhigt sein!

Spanien. Der Kriegsminister General Azcarraga erklärte im Senat die Regierung habe keinerlei Andeutung von irgend einer Macht wegen Erwerbung einer spanischen Besitzung erhalten; sollte ihr eine solche zugehen, so werde dieselbe ablehnend beantwortet werden. Spanien habe die besten Beziehungen zu allen Mächten und es sei kein Grund zu irgend welcher Befürchtung vorhanden. Von der Absicht Englands, einen Hafen auf den Kanarischen Inseln zu erwerben, sei ihm nichts bekannt.

Aus der Provinz.

Aus der Provinz, 5. November. [Besitzwechsel.] Die Landbank hat den nicht parzellirten Theil des Ritterguts Kolmansfeld (früher Chelmonie) in Größe von 375 Hektar an Herrn Rittergutsbesitzer Troitzsch verkauft. — Herr Krosta hat sein 2700 Morgen großes Rittergut Kl.-Trinkhaus an Herrn Rentier A. Fischer in Bischofsburg für 296 000 Mk. verkauft.

* **Culm,** 4. November. In dem hiesigen Königlichen Gymnasium ist der bisher fakultativ ertheilte polnische Sprachunterricht in allen unteren Klassen, einschließlich Tertia, durch eine Verfügung der Regierung aufgehoben worden. Dem Vernehmen nach soll die gleiche Maßnahme auch auf andere Gymnasien Westpreußens, wo noch fakultativer polnischer Sprachunterricht ertheilt wird, demnächst ausgedehnt werden.

* **Neuenburg,** 3. November. Den „N. W. M." wird von hier folgende, fast unglaublich klingende Mittheilung gemacht: Bei der hier zwischen den Deutschen und Polen herrschenden Spannung war es vorauszusehen, daß letztere beim Brande der evangelischen Kirche sich über das Unglück in schadenfroher und beleidigender Weise äußern würden. Es sind uns denn auch nach dieser Richtung hin zahlreiche Aeußerungen bekannt geworden. U. A. sagte ein katholischer Bürger polnischer Zunge Angesichts des brennenden Gotteshauses: Das ist den Deutschen ganz recht, jetzt können sie in den Schweinestall gehen und dort Gottesdienst abhalten. — Zur Beruhigung kann den Polen aber schon heute offenbart werden: Durch zahlreiche Liebesgaben und durch die Opferwilligkeit der so schwer betroffenen Evangelischen wird die Gemeinde im Stande sein, ein schmuckes Gotteshaus zu erbauen, dessen hoher Thurm weithin ein Wahrzeichen deutschen Geistes und deutscher Kultur sein wird für alle Zeit.

* **Strasburg,** 3. November. Am Dienstag findet zur Feier des 25-jährigen Dirigenten-Jubiläums des Herrn Hauptlehrer Lowasser eine Sitzung der Liedertafel statt. — In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung wurde in Stelle des Rechtsanwalts und Notars Herrn Wyczynski Herr Kaufmann Richard Heinrich zum unbesoldeten Rathsherrn gewählt.

* **Dt. Eylau,** 3. November. Unsere durch und durch erneuerte evangelische Kirche wurde gestern festlich eingeweiht. Herr Generalsuperintendent D. Döblin hielt die Weiherede.

* **Stuhm,** 2. November. Herr Kataster-Kontrolleur Herhudt, welcher kürzlich sein 50-jähriges Dienstjubiläum feierte und aus Anlaß dieses Jubiläums den Titel Steuer-Inspektor erhielt, ist in den Ruhestand getreten und nach Danzig übergesiedelt. Dem Kataster-Kontrolleur Herrn C. Jahn aus Schleswig ist die Verwaltung des hiesigen Katasteramts übertragen worden.

* **Elbing,** 3. November. Der nationalliberale Verein Elbing wählte in seiner Hauptversammlung den bisherigen Vorstand wieder. U. A. wurde zu der geplanten Flottenverstärkung Stellung genommen. Man war der Meinung, daß zwar in eine eingehende Prüfung der zu erwartenden Vorlagen eingetreten, daß aber das für unsere Marine unbedingt Nothwendige bewilligt werden müsse. — Im Bergschlößchen hielten die Sozialdemokraten eine Versammlnng ab, in welcher beschlossen wurde, in der dritten Abtheilung für die Stadtverordnetenwahlen acht eigene Kandidaten aufzustellen.

* **Tilsit,** 3. November. Zum Ersten Bürgermeister der Stadt Tilsit ist von der Stadtverordneten-Versammlung Herr Stadtrath Pohl-Königsberg mit 22 gegen 16 Stimmen gewählt worden, welch' letztere Herr Rechtsanwalt Busch-Tilsit erhielt. (Herr Stadtrath Pohl steht erst im 42. Lebensjahre; 1877 bezog er die Universität, wurde 1888 Gerichtsassessor im Departement Königsberg und 1891 in Königsberg zum besoldeten Stadtrath gewählt.)

* **Inowrazlaw,** 3. November. (Besitzwechsel.) Gutsbesitzer Wilhelm Papke hat sein Gut Kaspral an die Kaufleute Adam Zalewski aus Kruschwitz und Franz Szymaczak von hier verkauft. Der Morgen wurde mit 270 Mark bezahlt. Ferner hat Herr Anton Blechnarowski sein in der Alexanderstraße belegenes Hausgrundstück gegen ein Gut bei Strasburg vertauscht. Der Werth des Hausgrundstücks wurde mit 90000 Mark angenommen.

* **Posen,** 3. November. Die Erkrankung des Erzbischofs Dr. von Stablewski scheint doch ernsterer Natur zu sein, als bisher bekannt war. In den Kirchen der Erzdiöcese Posen-Gnesen werden bereits Gebete für den „schwer erkrankten Erzbischof" abgehalten. Die Verwaltung der Erzdiöcese hat Weihbischof Dr. Likowski in Posen vertretungsweise übernommen.

Thorner Nachrichten.

Thorn, 6. November.

[Provinzial-Versammlung der Liberalen.] Wie die erste Provinzialversammlung der westpreußischen Liberalen im Januar d. Js. in Thorn, so nahm auch die gestrige zweite Zusammenkunft dieser Art, welche in Graudenz stattfand, einen schönen, alle Erwartungen in hohem Maaße erfüllenden Verlauf. Weit über 300 Theilnehmer aus allen Gegenden der Provinz Westpreußen füllten den großen Saal des Schützenhauses; aus Thorn und Umgegend waren etwa 25 Herren erschienen. Von den westpreußischen Reichs- bezw. Landtagsabgeordneten nahmen die Herren Graßmann und Kittler aus Thorn, Dommes-Mortschin, Sieg-Raczyniewo, Rickert, Ehlers und Schahnasjahn-Danzig an der Versammlung Theil. Um $1/_{4}2$ Uhr Mittags eröffnete Herr Rechtsanwalt Obuch-Graudenz die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Die Gründe, welche die westpreußischen Liberalen zu häufigeren Zusammenkünften veranlaßt hätten, seien bekannt. Die Berechtigung dieser Versammlungen nachweisen zu wollen für diejenigen, welche im Januar d. J. in Thorn zu der ersten Zusammenkunft waren, wäre ein überflüssiges Beginnen; die Erkenntniß dieser Berechtigung sei denn auch in immer weitere Kreise gedrungen, wie der schon viel schwächer gewordene Widerspruch gegen die Einberufung der Graudenzer Provinzial-Versammlung beweise. Zwei Momente seien noch gegen die Graudenzer Versammlung ins Feld geführt. Erstens sage man, die Versammlung sei überflüssig, nachdem ein neues Projekt in Bezug auf die Flotte veröffentlicht sei, wenn die Versammlung sich mit diesem Projekt nicht befasse. Dieser Vorwurf sei aber nicht berechtigt, denn die Einberufer der Versammlung seien doch keine Propheten, daß sie das neue Flottenprojekt schon hätten vorahnen können; überdies würde es aber auch voreilig sein, in dieser Versammlung zur Flottenfrage schon Beschlüsse fassen zu wollen, deren Tragweite sich noch garnicht übersehen lasse. Zweitens halte die „Kreuz-Ztg." die Versammlung für überflüssig, weil sie nur geeignet sei Unzufriedenheit hervorzurufen. Aber auch mit diesem Vorwurf sei das konservative Hauptorgan gründlich auf dem Holzwege; denn nicht um Unzufriedenheit hervorzurufen, sondern um Mißverständnisse zu beseitigen, fänden sich die westpreußischen Liberalen aller Richtungen zusammen. So hoffe er, daß auch die Graudenzer Versammlung in diesem Sinne ihren Verlauf nehmen möge, von dem Bestreben getragen, zum Wohle des Vaterlandes mitzuwirken. — Für die Bildung des Vorstandes für die Versammlung schlug Herr Stadtrath Dietrich-Thorn folgende Herren vor: Rechtsanwalt Obuch-Graudenz (freis. Verg.) Vorsitzender, Abg. Kittler-Thorn (freis. Volksp.), Geh. Kommerzienrath Gibsone-Danzig (natlib.), Rittergutsbesitzer Plehn-Gruppe (natlib.), Rechtsanwalt Keruth-Danzig (freis. Volksp.) und Gutsbesitzer Wiens-Warnau (freis. Verg.) als Beisitzer. Die Versammlung erklärte sich mit der Wahl dieser Herren einverstanden.

Die Kanalvorlage,

welche vom Abgeordnetenhause bekanntlich in dritter Lesung abgelehnt worden ist, bildete den ersten Gegenstand der Tagesordnung. Ueber diesen Gegenstand hielten die Herren Strohmann, Direktor der Ostbank für Handel und Gewerbe in Graudenz, und Fabrikdirektor Stadtrath Ventzki-Graudenz sehr eingehende Vorträge, in denen die hohe volkswirthschaftliche Bedeutung des Kanals für ganz Preußen und das Reich, besonders aber auch für unseren Osten in überzeugender Weise nachgewiesen wurde. Wir werden den Inhalt dieser Vorträge morgen ausführlich wiedergeben, desgleichen auch den der umfangreichen Debatte, welche sich an die Vorträge anschloß. Nach Schluß der Diskussion, die erst gegen $1/_{2}4$ Uhr beendet war, wurde mit allen gegen zwei Stimmen (Plehn-Josephsdorf und Besitzer Jäger-Bogguschin) folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung spricht ihr Bedauern über die Ablehnung der Kanalvorlage aus und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß eine den Ausbau der Kanäle bezweckende Vorlage Annahme finden werde.

Ueber die Volksschulen in den östlichen Provinzen

hielt Abgeordneter Rickert-Danzig einen sehr eingehenden Vortrag. Redner knüpfte an das Programm der Regierung, Kultur nach dem Osten zu tragen, an und führte etwa Folgendes aus: „Das wichtigste Mittel, deutsche Kultur nach dem Osten zu tragen, ist die Volksschule. Dieser wird allgemein viel zu wenig Bedeutung beigemessen. Die Volksschulen zu fördern, muß die gemeinsame Aufgabe aller Patrioten sein, besonders aber aller Liberalen. In den letzten Jahren ist vom Staate ja sehr viel für die Volksschule gethan, aber es bleibt noch immer sehr viel zu thun übrig. Wir müssen uns fragen: Was thun die einzelnen Orte, und was thut der Staat für die Schule? Wir müssen es, wie gesagt, anerkennen: es ist schon viel gethan; aber es müssen leider immer noch viel zu viel Kinder in überfüllten Schulklassen unterrichtet werden. Ein hervorragender Greifswalder Professor hat als ideale Forderung aufgestellt, daß höchstens 30 Kinder auf einen Lehrer kommen. Jetzt haben wir aber noch mit einem Durchschnitt von 72 Kindern auf einen Lehrer zu rechnen. Die Kosten für die Verbesserung des Volksschulwesens sind natürlich sehr hoch. In unserem Osten sind die Ausgaben hierfür im Laufe der letzten Jahre um 60 Proc. gewachsen, aber dabei haben wir immer noch mit sehr traurigen Verhältnissen zu rechnen. Im Reg.-Bez. Danzig gab es im Jahre 1896 noch über 30 Proc. Schulkinder, die unter „nicht normalen Verhältnissen" unterrichtet werden mußten; im Reg.-Bez. Marienwerder nahezu 30 Proc. In den letzten Jahren ist dieses Verhältniß im Bezirk Marienwerder sogar noch um 2 Proc. ungünstiger geworden. Und dabei sind die sog. „normalen Verhältnisse" obendrein noch himmelweit von dem oben aufgestellten Ideal entfernt. Was kann man von einem Lehrer verlangen, wenn er — noch dazu in einem gemischtsprachigen Landestheile — eine so außerordentlich hohe Zahl von Kindern zu unterrichten hat? Der bisherige Kultusminister Dr. Bosse hat dies selbst offen anerkannt und gesagt, man könne sich keine Vorstellung davon machen, mit welchen Schwierigkeiten ein solcher Lehrer zu kämpfen hat. Wir müssen alles Andere zurücksetzen gegen die Förderung der Volksschule. Die Volksschule in unserem Osten immer mehr auszubauen und nach Kräften zu unterstützen, das muß unsere Hauptaufgabe sein. Es ist doch betrübend, wenn die Statistik ergiebt, daß die Zahl der nur polnisch sprechenden Kinder in Preußen in wenigen Jahren von 491 000 auf 553 000 gewachsen ist. Wo solche Zustände noch vorhanden sind, da muß der Staat mit seinen Mitteln energisch eingreifen. Wir haben in unserem Staatshaushalt im letzten Jahre einen Ueberschuß von nahezu 100 Millionen gehabt, und das laufende Jahr wird, wie wir im Januar sehen werden, zweifellos mit einem ebenso glanzvollen Ueberschuß abschließen. Unter so günstigen Verhältnissen können wir doch wirklich mehr, als bisher, für die Volksschule thun! Ich hoffe, daß es unserem neuen Kultusminister auch gelingen wird, auf diesem Gebiete etwas mehr vom Finanzminister zu erlangen. Sind doch allein 654 dringend nothwendige Klassenräume zu beschaffen! — Eine zweite sehr wichtige Frage ist die der Simultanschulen. Es ist dies einer der schärfsten Angriffspunkte für das Centrum und die Ultrakonservativen. Der frühere Kultusminister Falk war ein entschiedener Anhänger der Simultanschulen, trotzdem er natürlich auch auf demselben principiellen Standpunkt stand, auf dem wir auch stehen, daß nämlich die konfessionellen Verhältnisse nach Möglichkeit berücksichtigt werden müssen: Den katholischen Kindern soll der Religionsunterricht durch katholische Geistliche, den evangelischen durch evangelische, den jüdischen durch jüdische Lehrer ertheilt werden. Das wollen auch wir; nicht aber wollen wir, daß man eine katholische Wissenschaft oder eine jüdische Wissenschaft zu schaffen bestrebt ist. Unter Falk wurden viele Simultanschulen geschaffen. Es ist jetzt 20 Jahre her, da trat aber ein Wendepunkt ein. Nach Falk kam Puttkamer, und das Blatt wendete sich. Der Elbinger Magistrat z. B., der noch von Falk die Genehmigung zur Einrichtung simultaner Mädchenschulen erhalten hatte, wurde von Puttkamer angewiesen, diese rückgängig zu machen und konfessionelle Mädchenschulen einzurichten. Und seit Falk waren nun sämmtliche preußischen Kultusminister, auch der unlängst in den Ruhestand getretene Dr. Bosse, Freunde der streng konfessionellen Schulen. — Was schließlich das Zedlitz'sche Volksschulgesetz betrifft, so habe ich die feste Ueberzeugung: dieses Gesetz wäre selbst dann nicht zu Stande gekommen, wenn es von der Regierung auch nicht zurückgezogen worden wäre; die Bewegung dagegen im Lande wäre zu gewaltig gewesen. Und gerade der gegenwärtige Augenblick ist so recht geeignet, wieder die Aufmerksamkeit der weitesten Volkskreise auf die Volksschulfrage zu lenken. Es ist dies geradezu eine Existenzfrage für unseren Osten. Trotzdem nun die Minister Gegner der Simultanschulen waren, hat die Zahl derselben, besonders in Westpreußen, doch sehr zugenommen. Die Vorzüge der Simultanschulen liegen im Uebrigen nicht nur auf nationalem, sondern auch auf finanziellem Gebiete; und gerade in letzterer Hinsicht besonders im Interesse der Katholiken. Es giebt katholische Schulen mit nur 20 Kindern und noch darunter; das sind aber doch in finanzieller Beziehung unhaltbare Zustände. In Nassauen besteht die Simultanschule schon seit Anfang dieses Jahrhunderts und hat sich vorzüglich bewährt. Oberpräsident von Nassauen ist aber jetzt der frühere Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler. Es war mir nun interessant zu hören, wie sich dieser zu den nassauischen Simultanschulen stellt, und da habe ich gehört, daß Graf Zedlitz durchaus kein Gegner der dortigen Simultanschulen ist, daß er wenigstens an den bisherigen Zuständen nicht gerüttelt wissen will. Die von den Gegnern oft aufgestellte Behauptung, daß die Simultanschule Zwietracht unter den Konfessionen hervorzurufen geeignet sei, ist durchaus unrichtig. Im Gegentheil — die Versöhnung der konfessionellen Gegensätze kann einzig und allein von unten, von der Schulbank herauf stattfinden. Wenn das erst allgemein erkannt ist, wird auch die Toleranz wieder zunehmen, und das ist gerade für uns im Osten sehr nöthig. — Die Schulaufsicht muß in den Händen von Fachmännern liegen, wobei nicht ausgeschlossen sein soll, daß man auch Geistlichen die Schulaufsicht überträgt, jedoch nur dann, wenn sie zugleich Schulfachmänner sind. Weiter besteht eine unabweisbare Forderung in einem besonderen Fachministerium für das Unterrichtswesen; wenigstens sollen in der oberen Spitze nicht geistliche und Unterrichtsinteressen in einer Hand liegen. Ein sehr beachtenswerthes Symptom können wir in dieser Angelegenheit wohl darin erblicken, daß neuerdings auch schon die „Köln. Volksztg.", das führende Organ der Centrumspartei, für ein besonderes Unterrichts-Fachministerium eingetreten ist. Ich bitte Sie dringend um Annahme der nachfolgenden Resolution:

Für die kulturelle und nationale Entwickelung der Provinz Westpreußen ist eine erhöhte Pflege der Volksschulen nothwendig. Es ist baldigst Sorge zu tragen: 1) für die Beschaffung der noch fehlenden Lehrkräfte und Schulklassen; 2) für die Befestigung und Erweiterung des Systems der paritätischen Volksschule; 3) für fachmännische Aufsicht über die Volksschule mit einem besonderen Unterrichtsministerium an der Spitze.

Es handelt sich hier um eins der Gebiete, auf dem der gesammte Liberalismus von der Rechten bis zur äußersten Linken Hand in Hand gehen kann. Auch ich bin überzeugt: Auf der Schulbank allein ist die Grundlage unserer nationalen Entwickelung." (Lebhafter Beifall.)

Eine Erörterung knüpfte sich an diesen Vortrag nicht. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber Mittelstandspolitik sprach in echt liberalem Geiste der Abg. Ehlers-Danzig. Wir kommen auf seine Ausführungen morgen eingehender zurück, da uns der verfügbare Raum dies heute nicht mehr gestattet. — Der zweite Berichterstatter zu dieser Frage, Rechtsanwalt Dr. Stein-Thorn verzichtete auf das Wort mit Rücksicht auf die bereits sehr weit vorgeschrittene Zeit und weil er den lichtvollen und erschöpfenden Ausführungen des Vorredners kaum noch Wesentliches hinzuzufügen habe.

Abg. Graßmann über die Streikvorlage.

Ueber den „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" führte Reichstagsabgeordneter Graßmann-Thorn Folgendes aus:

„Die Gewerbeordnung vom 21. 6. 69 hat bekanntlich die Freiheit der gewerblichen Vereinigungen proklamirt, sie hat aber auch zugleich Vorsorge getroffen, daß diese Freiheit der Vereinigungen nicht in einen Vereinigungszwang umgewandelt werde. § 152 G.-O. lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben." Derselbe § bestimmt aber ferner in Absatz 2: „Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus Letzterem weder Klage noch Einrede statt." Es soll also Niemand nöthig haben, aus Furcht vor civilrechtlichen Nachtheilen sich an Koalitionen zu betheiligen. Es gewährt aber die Gewerbeordnung in ihrem § 153 auch noch einen besonderen strafrechtlichen Schutz gegen Koalitionszwang. § 153 G.-O. bestimmt: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung und durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152(theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt." An dem § 152 G.-O. will nun der „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses", der ja Gegenstand unserer Besprechung sein soll, nichts ändern, wohl aber will er die Strafbestimmungen des § 153 G.-O. ergänzen und erweitern. Bei der Begründung dieser Vorlage sagte der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding: „Ich erkenne ohne Weiteres an, daß die Vorlage ganz überwiegend die Arbeiterwelt trifft; sie ist formal gerichtet sowohl gegen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — in gleicher Weise gerichtet gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber ich gebe ohne Weiteres zu, daß sie die Arbeitnehmer vorwiegend berührt und daß es richtig ist, wenn das hohe Haus auch gerade von dem Standpunkte aus, ob die Vorlage der Arbeiterwelt gegenüber gerecht ist, zur Prüfung des Inhalts sich anschickt." Der Reichstag hat sich auf diesen Standpunkt gestellt und ist von diesem Standpunkte aus in seiner überwiegenden Majorität dazu gekommen, die Vorlage abzulehnen. Auch ich verhalte mich ablehnend gegen die Vorlage, da ich meine, daß die neuen Strafbestimmungen überflüssig und nutzlos sind, und da ich der Ansicht bin, daß durch die Vorlage das Koalitionsrecht beschränkt werden würde.

Die Vorlage will einen verstärkten Schutz gegen den Mißbrauch des Gewerbl. Koalitionsrechts gewähren. Das Koalitionsrecht kann ja wie jedes Recht mißbraucht werden, ist vielfach mißbraucht worden und es ist namentlich ein solcher Mißbrauch häufiger zu Tage getreten, seitdem das gewerbliche Leben in Deutschland sich so gehoben hat. Seit dieser Zeit ist aber von dem Koalitionsrecht häufiger Gebrauch gemacht worden; daß dann auch häufiger ein Mißbrauch desselben stattzufinden hat, ist doch weiter nicht überraschend. Ein solcher Mißbrauch des Koalitionsrechts ist aber auch nicht straflos geblieben, er hat vielmehr seine Sühne gefunden nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des § 153 der Gewerbeordnung. Ich will nicht weiter

eingehen auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die bei den in den Arbeitskämpfen vorkommenden Ausschreitungen Anwendung finden können und auch in recht ausgiebiger Weise Anwendung gefunden haben, und möchte mich nur auf die Strafbestimmungen des § 153 G.-O., die ja die Vorlage auch nur erweitern will, beschränken. Die Bedeutung dieser Strafbestimmungen ist vielfach unterschätzt worden. Ich bin der Ansicht, daß diese Bestimmungen einen weitgehenden Schutz gegen Koalitionszwang gewähren, und bin auch ferner der Ansicht, daß sie — in Verbindung mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches — einen genügenden Schutz gegen Koalitionszwang gewähren. § 153 Gewerbeordnung geht, — so muß man doch wohl annehmen, — davon aus, daß nicht jeder Koalitionszwang unerlaubt und strafbar ist, sondern nur derjenige, der mit Mitteln ausgeübt wird, die im Strafgesetzbuch oder im § 153 selbst als unstatthaft bezeichnet werden. Als solche unstatthafte Mittel des Koalitionszwanges bezeichnet nun § 153 G.-O. Körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verrufserklärung. Es sind das alles Mittel, — ich bitte das wohl zu beachten, — welche die übrigen Gesellschaftsklassen straflos anwenden können, um den Willen eines Anderen zu beeinflußen, und die lediglich als Mittel des gewerblichen Koalitionszwanges strafbar sind. „Körperlicher Zwang“ ist dem Strafgesetzbuch fremd. Die nicht qualifizirte „Drohung“ erscheint im Strafgesetzbuch niemals an sich als strafbare Handlung. Eine so geringe „Ehrverletzung“, die noch keine Beleidigung im Sinn des Strafgesetzbuches ist, ist sonst nicht strafbar und „Verrufserklärung“ kommt im Strafgesetzbuch nicht vor.

Unser Entwurf bezeichnet nun als unzulässige Mittel des Koalitionszwangs auch nur „Körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verrufserklärung“, bestimmt aber dann in § 4: „Dem körperlichen Zwange im Sinne der §§ 1 bis 3 wird die Beschädigung oder Vorenthaltung von Arbeitsgeräth, Arbeitsmaterial, Arbeitserzeugnissen oder Kleidungsstücken gleichgeachtet. Der Drohung im Sinne der §§ 1 bis 3 wird die planmäßige Ueberwachung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsstätten, Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserstraßen, Hafen- oder sonstigen Verkehrsanlagen gleichgeachtet.“ Diese Bestimmungen sind für mich nicht annehmbar. Die dem körperlichen Zwange gleichgeachteten Handlungen mögen häufig einen „körperlichen Zwang“ darstellen, stets wird es aber nicht der Fall sein. Das sog. Streikepostenstehen kann eine „Drohung“ enthalten, braucht es aber nicht zu thun und es ist deshalb nicht gerechtfertigt, jedes Streike-Postenstehen für strafbar zu erklären Letzteres thut aber die Vorlage. Dies ergiebt der Wortlaut des Entwurfs, es ergeben dies auch die Motive, die ganz allgemein das Streikepostenstehen als unzulässiges Kampfmittel bezeichnen. Sollte übrigens die Auslegung des Staatssekretärs Dr. Nieberding maßgebend sein, so würde die Bestimmung des § 4 des Entwurfs über das Streikepostenstehen völlig überflüssig sein. Nach dieser Auslegung soll Streikepostenstehen erst dann strafbar werden: „Wenn es in den Bereich eines unberechtigten Zwanges gegen die zuwandernden Arbeitslustigen übergreift.“ Wenn man aber dem Richter zutraut, daß er Begriffe, wie „Körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verrufserklärung“ richtig auslegt, so wird man ihm auch zutrauen müssen, daß er das richtige findet, wenn es sich um die Frage handelt, ob im einzelnen Falle im Streikepostenstehen eine „Drohung“ oder ein „Körperlicher Zwang“ zu finden ist. Absatz 3 des § 4 des Entwurfs enthält übrigens eine lobenswerthe Verbesserung des bisherigen Rechtszustandes. Er bestimmt, daß nur das „Drohen“ mit einer unberechtigten Handlung strafbar ist. Dies war nach der bisherigen Rechtsprechung zweifelhaft. Nach dem Entwurfe würde es also z. B. zweifellos strafbar sein, wenn organisirte Arbeiter ihrem Arbeitgeber Streik oder Sperre androhen, falls er einen nichtorganisirten und ihnen deshalb mißliebigen Arbeiter nicht entläßt. Wenn ich mich nun auch sonst durchweg gegen den Entwurf ablehnend verhalte, indem ich davon ausgehe, daß die bisherigen Strafbestimmungen gegen den Koalitionszwang in keiner Beziehung einer Ergänzung bedürfen, so würde ich mich doch mit dem § 1 des Entwurfs im Allgemeinen einverstanden erklären können. Dies jedoch auch nur dann, wenn § 152 G.-O. dahin abgeändert würde, daß auch Verabredungen und Vereinigungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- und Lohnverhältnisse bezwecken, als zulässig anerkannt werden.

Der § 1 des Entwurfs verbietet wie § 153 G.-O., daß Jemand gezwungen wird, einer Koalition beizutreten, und fügt nur hinzu; es soll auch Niemand gezwungen werden, einer Koalition fernzubleiben. Dies scheint mir allerdings eine sachgemäße Ergänzung des § 153 G.-O. zu sein. Das bisherige Strafmaaß von 3 Monaten Gefängniß würde ich nicht erhöhen, da die schwereren Ausschreitungen ja doch stets unter einen Paragraphen des Strafgesetzbuches fallen. Ich würde dem Richter die Möglichkeit geben, bei dem Vorliegen von mildernden Umständen auf Geldstrafe zu erkennen, würde auch festsetzen, daß der Versuch milder zu bestrafen, als das vollendete Vergehen. Die sämmtlichen übrigen §§ des Entwurfs würde ich ablehnen. Der § 2 soll solche Handlungen treffen, welche ohne daß es sich um die zu erzwingende Theilnahme an einer Koalition handelt, gegen die Freiheit des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers gerichtet sind. Liegt keine Koalition vor, so kann natürlich auch ein Koalitionszwang nicht vorliegen und es sind deshalb die neuen Straf-Bestimmungen hier nicht am Platze. „Wer es sich zum Geschäfte macht, Handlungen der in den §§ 1. 2. bezeichneten Art zu begehen, wird mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten bestraft“ heißt es im § 3. Ich halte dies für eine überflüssige Strafbestimmung, bin auch der Ansicht, daß der Begriff „wer es sich zum Geschäft macht“, viel zu dehnbar ist. § 5 hat zunächst nichts mit Koalitionszwang zu thun, es liegt auch am Ende keine Veranlassung vor, die in § 5 bezeichneten strafbaren Handlungen aus dem Kreise der Antragsdelikte herauszuheben und § 6. hat gleichfalls nichts mit dem Koalitionszwang zu thun. „Drohung“ und „Verrufserklärung“ sind auch überhaupt bisher nur strafbar, wenn sie Mittel des Koalitionszwanges sind. Hier neue Deliktsbegriffe aufzustellen, liegt keine Veranlassung vor. Weshalb die Strafbestimmungen des § 7 nöthig sein sollten, läßt sich nicht absehen. Die Strafbestimmungen des Strafgesetzbuches reichen vollständig aus. Dasselbe ist der Fall mit den Strafbestimmungen des § 8. Ich bin also der Ansicht, daß die neuen Strafbestimmungen des Entwurfs überflüßig sind, da es eines verstärkten Schutzes gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts nicht bedarf. Ueberflüßige Strafbestimmungen sind aber direkt schädlich, da sie lediglich geeignet sind, Erbitterung hervorzurufen. Mit neuen Strafbestimmungen in den wirthschaftlichen Kampf einzugreifen, halte ich für falsch. Was wir brauchen, sind nicht neue Strafen, deren Bedeutung im Kampfe des Staates gegen das Verbrechen überhaupt vielfach überschätzt wird; wir brauchen vielmehr eine gute Sozialpolitik. Diese allein kann bewirken, daß zunächst im wirthschaftlichen Kampfe gegenseitige Schonung geübt wird und daß immer mehr wieder der Gedanke sich Bahn bricht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in letzter Linie auch heute noch gemeinsame Interessen haben und daß sie, um diese pflegen zu können, Frieden haben müssen.“

Die Versammlung zollte Herrn Graßmann nach Beendigung seines Vortrages lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Herren Chefredakteur Fischer-Graudenz, Geh. Kommerzienrath Gibsone-Danzig, Obuch-Graudenz, Ehlers- und Rickert-Danzig betheiligten, erklärte sich die Versammlung einmüthig dahin, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter unter keinen Umständen angetastet werden dürfe. — Hiermit war, da Herr Kamerer sen.-Danzig wegen eines Todesfalles in seiner Familie am Erscheinen und an der Erstattung seines Referates verhindert war, die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß gegen $^3/_4 6$ Uhr Abends die Versammlung, nachdem er seiner Freude über die Einmüthigkeit in derselben und dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, daß die westpreußischen Liberalen sich noch häufiger, als bisher, zu derartigen Provinzialversammlungen zusammenfinden möchten, mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Gleich darauf vereinigten sich etwa 120 Theilnehmer der Versammlung zu einem gemeinsamen Mahle, das durch verschiedene humorvolle Ansprachen gewürzt wurde. Es toasteten die Herren Obuch-Graudenz auf die auswärtigen Gäste, Stadtverordneten-Vorsteher Mehrlein-Graudenz auf die anwesenden Parlamentarier, Abg. Sieg-Raczyniewo auf die Stadt Graudenz, Fritz Kyser auf die Damen, Victorius sen. auf die Referenten und Redner. Abg. Rickert regte an, vielleicht gleich für die nächste Provinzialversammlung eine bestimmte Stadt in Aussicht zu nehmen, wobei am meisten Stimmung für Danzig laut wurde. Abg. Ehlers meinte, fest in Aussicht nehmen brauche man den Versammlungsort noch nicht, jedenfalls gelte für die westpreußischen Liberalen dasselbe wie für die Kanalvorlage: Wir kommen wieder! (Stürmische Heiterkeit und Bravorufe.) — Mit den Abendzügen um 8 Uhr reisten die auswärtigen Versammlungstheilnehmer wieder von Graudenz ab.

---

* [Personalien.] Der Gerichtsassessor Ernst Richter aus Danzig ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Schlochau ernannt worden.

Der Referendar Walter Mürau aus Gnojau ist zum Gerichtsassessor ernannt worden.

Dem emeritirten Lehrer Kutschki zu Tolkemit im Landkreise Elbing ist der Adler der Inhaber des Königl. Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

* [Neustädtische evangelische Gemeinde.] Die vereinigten Körperschaften der Neustädtischen evangelischen Kirchengemeinde hielten Sonnabend ihre erste Sitzung unter Vorsitz des Herrn Pfarrers Waubke ab. In derselben wurden die Umzugskosten für Herrn Pfarrer W., sowie ein Restbeitrag für das dem Herrn Superintendenten Hänel errichtete Denkmal bewilligt. In den Gemeindekirchenrath wurde an Stelle des Herrn Stadrath Fehlauer, der sein Amt als Kirchenältester niedergelegt hat, Herr Klempnermeister R. Schulz gewählt.

* [Die Thorner Liedertafel] veranstaltete am Sonnabend im großen Saale des Artushofes ihr erstes Winterkonzert in dieser Saison. Die gesanglichen Darbietungen legten wie stets, Zeugniß von der vortrefflichen Schulung der Liedertäfler ab; insbesondere wurd C. Hirsch's „Landknechtsleben“, welches mit Orchesterbegleitung zum Vortrag kam, mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Der Ball, welcher den Beschluß des Festes bildete, hielt die frohe Schaar der Festtheilnehmer bis zu früher Morgenstunde beisammen.

§ [Der Vortrag,] den Herr Dr. Maximilian Krieger am 8. November im Rothen Saale des Artushofes für die Mitglieder und Gäste der Abtheilung Thorn der deutschen Kolonialgesellschaft hält, wird besonders die Sitten und Gebräuche des Familienlebens der Bewohner von Kaiser Wilhelmsland, sowie den leider so schnell verunglückten Zug des bekannten Weltreisenden Otto Ehlers in das Innere von Neu-Guinea behandeln. Seinen Ausführungen wird der Herr Vortragende durch Ausstellung einer Anzahl Originalaufnahmen aus unseren australischen Schutzgebieten eine noch größere Anschaulichkeit verleihen.

* [Dresdener Gastspiel-Vorstellungen.] Auch diesmal zeigt sich für die Mitte des Monats beginnenden Vorstellungen unter Frl. Bernhardt's Leitung ein lebhaftes Interesse. Zweifellos werden die Dresdener Gäste, welche schon sein dem 1. Oktober auf der Tournee sind, auch hier wieder vor vollbesetzten Häusern spielen. Wir bringen das sehr lebhaft begonnene Bon-Abonnement in Erinnerung.

§§ [Gau-Sängerfest in Thorn.] Der geschäftsführende Ausschuß des Weichselgau-Sängerbundes tritt am 26. d. Mts. hier in Thorn zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Lieder für das im nächsten Sommer bekanntlich in Thorn stattfindende Gau-Sängerfest bestimmt und die sonstigen näheren Beschlüsse über die Anordnung des Festes gefaßt werden sollen.

† [Das Grabdenkmal,] welches die russische Regierung bekanntlich um die Ruhestätte des russischen Leutnants Salagub, der hier in Thorn i. J. 1760 seinen Tod fand, hat aufrichten lassen, wurde heute Vormittag 10 Uhr von dem Verfertiger desselben, Herrn Schlossermeister Labes, an den russischen Vicekonsul Herrn v. Loviagin übergeben. Es ist ein schmiedeeisernes Gitter mit einer Gedenktafel, auf der folgende Inschrift steht: „Hier ruht in Frieden Leutnant der Kaiserlich Russischen Armee W. A. Salagub, gestorben 10. Juli 1760. Umfriedigt 1899.“ Bei dem Uebergabe-Akt waren außer Herrn v. Loviagin auch Vertreter des Coppernikusvereins (Professor Boethke und Oberlehrer Semrau), des Kriegervereins (Hauptmann Maercker) und des Landwehrvereins (Polizei-Inspektor Zelz) zugegen. Während die Anwesenden das Haupt entblößten bezw. salutirten, wurde die Gruppe von einem Photographen aufgenommen. Herr v. Loviagin dankte Herrn Labes für die treffliche Ausführung des Denkmals.

* [Luxus-Expreßzug] Da am Freitag der hier zum zweiten Male eingetroffene Luxus-Expreßzug Ostende-Moskau wieder nicht über die russische Grenze gelassen wurde, weil die Verhandlungen mit den russischen Behörden wegen Uebernahme des Zuges noch nicht beendet sind, konnte derselbe am Sonnabend Nachmittag nur von Ottlotschin abgelassen werden. Von Thorn aus benutzten den Zug zwei Passagiere.

* [Ihren schweren Brandwunden erlegen] ist die Polizeisergeanten-Wittwe Koschewski, welche — wie wir am Sonnabend berichteten — Sonnabend früh infolge einer Lampenexplosion so furchtbare Verletzungen davontrug, daß sie sofort in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Unglückliche hatte gräßliche Schmerzen zu erdulden, von denen sie jetzt durch den Tod erlöst ist.

† [Ueberführung] Heute früh wurde die Leiche der hier verstorbenen Gattin des russischen Kollegienrathes Herrn v. Müller aus Alexandrowo mit der Eisenbahn noch dorthin überführt. Vorher fand im Diakonissenhause eine Trauerfeier statt, bei der auch die Vorstände der drei hiesigen Postämter zugegen waren.

---

* Mocker, 6. November. Die Liedertafel zu Mocker feiert am Sonnabend, den 11. d. Mts, ihr Stiftungsfest im „Wiener Café“. Beginn des Festes um 8 Uhr.

Neueste Nachrichten.

London, 5. November. Wie die Blätter aus Ladysmith von Donnerstag Nachmittag melden, wurden die Buren bei Besters Hill vollständig in die Flucht geschlagen; sie erlitten beträchtliche Verluste; das ganze Lager wurde genommen. (??)

Brüssel, 5. November. Bezüglich der in einigen Blättern verbreiteten Nachricht, die Buren hätten Ladysmith genommen, erklärt die hiesige Gesandtschaft der Südafrikanischen Republik, ihr sei eine Nachricht dieser Art nicht zugegangen, sie habe die Nachricht erst aus auswärtigen und belgischen Blättern erfahren.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Frank in Thorn.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn.

Wasserstand am 6. Nov., um 7 Uhr Morgens: + 0,82 Meter. Lufttemperatur: + 8 Grad Celsius. Wetter: bewölkt. Wind: O.

Wetteraussichten für das nördliche Deutschland.

Dienstag den 7. November: Wolkig, theils heiter, kälter. Nachtfröste.

Sonnen-Aufgang 7 Uhr 10 Minuten, Untergang 4 Uhr 17 Minuten.

Berliner telegraphische Schlußkourse.

	6. 11.	4. 11.
Tendenz der Fondsbörse	fest	still
Russische Banknoten	216,50	216,70
Warschau 8 Tage	215,75	215,85
Oesterreichische Banknoten	169,50	169,60
Preußische Konsols 3 %	89,40	89,50
Preußische Konsols $3^1/_2$ %	97,90	98,—
Preußische Konsols $3^1/_2$ % abg.	97,90	98,—
Deutsche Reichsanleihe 3 %	89,40	89,50
Deutsche Reichsanleihe $3^1/_2$ %	98,25	98,40
Westpr. Pfandbriefe 3 % neul. II	86,90	86,75
Westpr. Pfandbriefe $3^1/_2$ % neul. II.	94,50	94,80
Posener Pfandbriefe $3^1/_2$ %	94,50	94,60
Posener Pfandbriefe 4 %	101,10	101,—
Polnische Pfandbriefe $4^1/_2$ %	98,50	98,10
Türkische 1 % Anleihe C	25,40	25,50
Italienische Rente 4 %	92,60	92,75
Rumänische Rente von 1894 4 %	84,40	84,—
Diskonto-Kommandit-Anleihe	191,20	192,50
Harpener Bergwerks-Aktien	200,90	202,—
Norddeutsche Kredit-Anstalt-Aktien	125,10	125,—
Thorner Stadtanleihe $3^1/_2$ %	—,—	—,—
Weizen: Loco in New-York	$73^3/_8$	74,—
Spiritus: 50er loco	—,—	—,—
Spiritus: 70er loco	46,30	46,90

Wechsel-Diskont 6 %
Lombard-Zinsfuß für deutsche Reichs-Anleihe 7 %
Privat-Diskont 5 %.



Gestern früh 7¾ Uhr verschied plötzlich an Herzlähmung unsere innigst geliebte, unvergeßliche Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die verw. Frau Polizei-ergeant

Emilie Koschewski

geb. **Krüger**

im noch nicht vollendeten 51. Lebensjahre.

Dieses zeigen im Namen der Hinterbliebenen schmerzerfüllt an

Thorn, den 6. November 1899

Bertha u. Olga Koschewski,

als Kinder

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. d. Mts, Nachmittags 3 Uhr vom städtischen Krankenhause aus auf dem altstädtischen Kiechhofe statt.



Sonntag früh 4 Uhr starb nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- u. Urgroßvater, der Korbmachermeister

Jakob Wisniewski

im Alter von 81 Jahren.

Dieses zeigen, um stille Theilnahme bittend, tiefbetrübt an

Thorn, den 5. November 1899

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Mauerstraße aus statt.

Heute früh 4 Uhr verschied sanft nach kurzem Leiden meine liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante, die Ww. Frau

Caroline Mintel

geb. **Otto**

im Alter von 77 Jahren 5 Monaten, was hiermit um stille Theilnahme bittend, tiefbetrübt anzeigen

Kl. Mocker, 6 November 1899

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donners tag, den 9. November cr., Nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Lindenstr. Nr. 9 aus statt.

Bekanntmachung.

Die Erhebung des Schulgeldes für die Monate Oktober, November, Dezember cr. wird **in der Knaben-Mittelschule am Mittwoch, den 8. November,** von Morgens 8 Uhr ab **in der Höheren- und Bürger-Töchterschule. am Donnerstag, den 9. Novbr.,** von Morgens 8 Uhr ab erfolgen.

Thorn, den 4. November 1899

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 9. d. Mts.,

Vormittags 9½ Uhr

werde ich in **Podgorz** bei dem Drogisten **Johann Kabaszynski,** Marktstraße Nr. 9

48 Flaschen Ungarwein, 1 Ballon Benzin, 25 Flaschen Mineralwasser, 1 Faß Karbolineum, 1 Posten Cigarren, 440 Päckchen verschiedene Verbandswatte, 1 Posten Pinsel, 1 Petroleumapparat, 1 Ladereinrichtung bestehend aus **6 Repositorien u. 1 Tombank, 1 größeren Posten Drogeriewaaren u. A. m.**

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Boyke,

Gerichtsvollzieher in Thorn.

Ein Gasofen

zu kaufen gesucht. Offert. mit Preisangabe unter **L. M.** in die Exped. der „Thorner Zeitung“ erbeten.

Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Mittwoch, 8. November 1899. Nachm. 3 Uhr.

Tages-Ordnung:

395 Betr. den Entwurf der Bestimmungen über die Ausübung der Jagd in den städtischen Forsten.
396 Betr. den Vertrag über die Lieferung der Buchbinderarbeiten.
397 Betr. den Vertrag über das Rathhausgewölbe Nr. 3.
398 Betr. den Vertrag über die Rathhauskellerräume Nr. 29
399 Betr. die Anstellung des Militärinvaliden Franz Nierzwicki von hier als Forsthüter für die Bäckerberge und das Ziegeleiwäldchen.
400 Betr. Wahl eines Armendeputirten im V. Bezirk.
401 Betr. die Bewilligung einer widerruflichen Zulage von 8 M. pro Jahr an den Hallenmeister Sodtke als Entschädigung für die Mehrausgaben bei den hohen Holzpreisen.
402 Betr. den Vertrag über die Gastwirthschaft auf Wieses-Kämpe.
403 Betr. die Beschaffung der erforderlichen Steinmaterialien für die Chausseeen.
404 Betr. die Beschaffung schlesischer Trottoirplatten, Bordschwellen und Pflastersteine.
405 Betr. die Erhöhung der Etatsposition A I 1 der Stadtschulenkasse (Dispositionsfonds.)
406 Betr. die Erhöhung der Etatsposition II 5 der Bürgermädchenschule (Druckkosten).
407 Betr. die Rechnung der Bürgerhospitalskasse pro 1. April 1898/99.
408 Betr. Bewilligung der Umzugskosten an den ehemaligen Schuldiener in der höheren Mädchenschule Magdalinski.
409 Betr. die Protokolle über die monatlichen Revisionen der Kämmereihauptkasse und der Kasse der Gas- und Wasserwerke vom 25. Oktober 1899.
410 Betr. den Bericht über die Fleischbeschau im Schlachthause für Thorn und Mocker während des Halbjahres vom 1. 4. bis 1. 10. 1899.
411 Betr. die definitive Anstellung des Hilfsförsters Großmann II zu Guttau.
412 Betr. die Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen gehobenen Schulen.
413 Betr. die Einrichtung der Wasserverdichtungsanlage in der Gasanstalt.
414 Betr. den eventl. Ankauf des Schützenhauses.
415 Betr. die Nachbewilligung zu Tit. IV. des Etats der II. Gemeindeschule (Insertionskosten und für Druckformulare pp.)
416 Betr. die Inbenutzungnahme der nach dem Auszuge des Amtsgerichts frei werdenden Räume im Rathhause.
417 Betr. die Anordnung, daß sämmtliche städtischen Beamten sowie städtischen Lehrer und Lehrerinnen in der Stadt Thorn wohnen müssen.
418 Betr. die durch Kaufmann Leopold Safian angebotene Rückzahlung eines Hypothekenkapitals.
419 Betr. die Angelegenheit wegen Wahl des Stadtbauraths.
420 Betr. den Betriebsbericht der Gasanstalt pro Juli 1899.
421 Betr. desgl. pro August 1899.
422 Betr. den Vertrag mit der Königlichen Eisenbahndirection in Bromberg über Herstellung eines Anschlußgeleises bei der Kreuzungsstation Katharinenflur der Strecke Thorn-Insterburg nach dem Schlachthause und der Stärkefabrik.
423 Betr. den Kaufvertrag mit dem Kreisausschuß hierselbst über das Grundstück Altstadt Thorn Bl. 479 zum Bau eines Kreishauses.
424 Betr. die Bezahlung der Kosten für Revision der Rechnung von Goetz & Niedermeyer.
425 Betr. das Protokoll über die Revision des Waisenhauses und Kinderheims.
426 Betr. desgl. über Revision des Wilhelm-Augusta-Stifts.
427 Betr. Dankschreiben des Kalkulators Lauffmann für die Erhöhung seiner Pension.
428 Betr. Kenntnißnahme von dem Beschluß des Bezirks-Ausschusses über die Festsetzung des Gehalts für den I. Bürgermeister.
429 Betr. anderweite Regelung des Gehalts des Kanzleiboten Fleischhacker.
430 Betr. ein Unterstützungsgesuch.

Thorn, den 4 November 1899.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung. Boethke.

?

Warum sterben

Kinder Frauen Mädchen Männer oft im blühendsten Alter? Weil sie es leider versäumen, rechtzeitig den gegen Husten, Kitzeln im Kehlkopf, Heiserkeit, Kreuz-Stick und Krampf-Husten, Athemnoth, Asthma **Lungenleiden** bewährten **Issleib's**

Katarrh-Brödchen
(Kräuter-Bonbon)

zu gebrauchen. — Beutel à **35** Pfg. bei: **A. Koczwara,** Elisabethstr., **C. Majer,** Breitestr., **C. A. Gucksch,** Breitestr., **H. Claass,** Seglerstr., **Anders & Co.** Breitestr.

Gut reno. Wohnung, 2 Stub., h. Küche u. allem Zubehör, daselbst eine kleine Parterrewohn., 2 Zimmer und Küche von sofort zu vermiethen **Bäckerstraße 3.**

Schützenhaus.

Dienstag den 7. November 1899.

Grosse

Specialitäten-Vorstellung.

Artisten allerersten Ranges.

Gastspiel des weltberühmten **Schwiegerling** mit seinem Marionetten-Theater.

Demonstrationen künstlicher Menschen.

J. Thilo,

der polnische Zauberkünstler aus Warschau mit seinen neuesten Illusionen, u. A.: Das Verschwinden eines Weihnachtsbaumes mit 27 brennenden Lichtern frei unter dem Publikum u. s. w.

Otto Renné
Original-Humorist mit selbstverfaßtem Repertoir.

Frl. Elfrieda,
Liedersängerin 17. Jahre alt.
Phänomenal.

De la Forée, Kostüm-Soubrette.

etc. etc.

Alles nähere die Plakate.

V. Berliner Pferde-Lotterie

Unwiderrufliche

Ziehung am 8. Dezember 1899.

3233 Gewinne Werth

102 000 Mark.

Loose à 1 Mk., 11 Loose = 10 Mk.

Porto und Liste 20 Pf.

auch gegen Briefmarken, empfiehlt und versendet das Bankgeschäft

Carl Heintze, Berlin W.

Unter den Linden 3.

Gewinne		Werth	
1	à	15 000	M.
1	à	10 000	„
1	à	9 000	„
1	à	8 000	„
1	à	5 000	„
1	à	4 500	„
1	à	4 000	„
1	à	3 000	„
2	à 2500	= 5000	„
2	à 2400	= 4800	„
2	à 1800	= 3600	„
3	à 1500	= 4500	„
16	à 100	= 1600	„
200	à 20	= 4000	„
1000	à 10	= 10000	„
2000	à 5	= 10000	„
3233	Gewinne	= 102 000	M.



Geehrter Herr Tacht!

Durch den Gebrauch Ihrer Pillen habe ich jetzt regelmäßig Stuhl, die Kopfschmerzen sind fort, ich fühle mich wieder ganz wohl und das Essen schmeckt mir. Ich spreche Ihnen deshalb meinen innigsten Dank aus, möchte Ihre Magenpillen noch weiter nehmen. Folgt Bestellung.

Ziegenhals. Frau **Anna Horn,** Hirtengasse 45.

Solide, hochelegante, seit Jahrzehnten bewährte, von den besseren Damen immer mehr bevorzugte schwarze **Seidenstoffe** der weltberühmten **Rheinischen Seiden-Industrie** liefern zu billigsten Preisen direct an Private **Danz & Co., Barmen-R. 301** Muster franco gegen franco Rücksendung.

Adam Kaczmarkiewicz'sche

einzige echte altrenommirte

Färberei u. Hauptetablissement

für chem. Reinigung von Herren- und Damengarderobe ꝛc. Annahme: Wohnung u. Werkstätte,

Thorn, nur Gerberstr. 13|15.

neben der Töchterschule u Bürgerhospital.

Ein Schreiber

und ein Anfänger können sich melden bei Rechtsanwalt **Jacob.**

Für alle Hustende sind

Kaiser's Brust-Caramellen

(Malzextract mit Zucker in fester Form)

aufs Dringendste zu empfehlen. **2480** notariell beglaubigte Zeugnisse liefern den schlagendsten Beweis als **unübertroffen** bei **Husten, Heiserkeit, Catarrh und Verschleimung.**

Packet 25 Pfg. bei: **P. Begdon** in Thorn, **Ant. Koczwara** in Thorn.

Im Jahre 1900

waschen sich Alle mit der echten **Radebeuler Lilienmilch-Seife** von **Bergmann & Co., Radebeul-Dresden,** weil es die beste Seife für eine **zarte, weiße Haut** und **rosigen Teint,** sowie gegen **Sommersprossen** und alle **Hautunreinigkeiten** ist. à St. 50 Pf. bei: **Adolf Leetz, Anders & Co.** und **J. M. Wendisch Nachf.**

Wohnung von 8 Stuben und Zubehör zu vermiethen **Neustädt. Markt 24**

Donnerstag, 30. November, Artushof, 8 Uhr:

CONCERT

der Kaiserl. Königl. Kammersängerin und Hofopernsängerin (Primadonna) v. d. K. K. Hofoper zu **Wien,** Fräulein

Lola Beeth

unter Mitwirkung des Pianisten Herrn **Günther Freudenberg**—Berlin. Nummerirte Karten à **3** Mark bei

E. F. Schwartz.

Fräulein Lola Beeth wird nur in Berlin, Thorn, Danzig, Königsberg und Petersburg auftreten, diese Mittheilung den Herrschaften aus den Kreisen Bromberg, Jnowrazlaw, Graudenz etc. Bestellungen auf numm. Karten baldgefl. erbeten.

Hochachtungsvoll

E. F. Schwartz.

Landwehr-  **Verein.**

Mittwoch, den 8. d. Mts., Abends 8 Uhr

Haupt-Versammlung

bei **Dylewski.**

Nach dem Geschäftlichen: Erster Vortrag über das bürgerliche Gesetzbuch.

Der erste Vorsitzende. Rothardt, Staatsanwalt.

Mozart-Verein.

Montag, den 13. November cr., Abends 7 Uhr:

im Spiegelsaale des Artushofes: General-Versammlung.

Der Vorstand.

Thorner Rathskeller.

Morgen Dienstag:

Erstes Grosses Schlachtefest.

(Mit Musik.)



Morgens: Wellfleisch. Abends: Frische Wurst.

Mit Hochachtung **Carl Meyling.**

Kaisersaal, Mellienstr. 99.

C. Liedtke.

Sonnabend, 11. Novbr.:

Martins-Maskenball.

Maskirte Herren 1 Mark, Damen frei, Zuschauer 25 Pf.

Anfang 8 Uhr.

Das Comité.

Restaurant „Kiautschou“

Gerechtestr. 31.

Jeden Dienstag:

Wurstessen.

Ein kautionsfähiger Pächter sucht in Thorn oder Bromberg ein gutgehendes **Destillations-, Schank- u. Materialgeschäft** zu pachten.

Julius Heymann, Soldau.

Ein Reise-Hotel,

erstes Haus am Platze in einer Stadt Pommerns ist für 95 000 Mk. bei einer Anzahlung von 25—30 000 Mk. zu verkaufen.

Offerten erbeten unter **O. 12** in d. Expedition d. Zeitung.

Alte Brodstelle.

Meine **Bäckerei** ist p. 1. Januar 1900 zu verpachten.

A. Roggatz, Bäckermeister.

Wie viel Frauen sterben jährlich im Wochenbett? Allein in Deutschland 11000! Viele 1000 Familien gerath. durch gr. Kindervermehr. unversch. in Not. Lesen Sie unbed. äuß. lehrr. Buch. Preis nur 70 Pfg. (sonst 1,70 M.) Zu bez. bei **H. Oschmann, Magdeburg, 25.**



Culmerstrasse No. 13. **J. Lyskowska, Thorn** Culmerstrasse No. 13.

Erstes Masken- und Theater-Kostüm-Verleih-Geschäft

empfiehlt hiesigen und auswärtigen Vereinen **zu Fest-Umzügen, Maskenbällen und Theater-Aufführungen** geschmackvolle

Garderoben, Waffen, Instrumente, Requisiten etc.

zu civillen Preisen.

Neue Costüme werden nach Angabe angefertigt.



Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei Ernst Lambeck, Thorn.